Rathauschau

Dienstag, 23. Februar 2010 Ausgabe 035

19

Inhaltsverzeichnis

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Te	erminhinweise	2
Βi	ürgerangelegenheiten	4
M	Meldungen	
>	Moschee-Projekt Gotzinger Platz:	
	OB Ude bedauert Rückzug des Dachverbands DITIB	6
>	Glückwünsche für Ferdinand Schmid zum 85. Geburtstag	7
>	Konferenz "Zivilgesellschaft in Harare, Kiew und München"	7
>	Zirkusvorstellung für Pflegefamilien	8
>	Winterdienstbilanz für Montag, 22. Februar	8
>	Münchner Hoagart'n 2010 in Trudering	9
>	Filmreihe "Cinema e storia" in der Stadtbibliothek Am Gasteig	9
>	Stadtbibliothek Fürstenried: Ladies Night mit Anette Göttlicher	10
>	Maria Peschek mit neuem Programm in der Stadtbibliothek Moosach	11
>	Niederländischer Filmabend in der Stadtbibliothek Am Gasteig	11
Αı	Antworten auf Stadtratsanfragen 1	
>	Vorbild für die Wirtschaft?	
	Elektro-, bzw. Hybridfahrzeuge bei der Stadt	13

Terminhinweise

Wiederholung

Mittwoch, 24. Februar, 10 Uhr, Infopoint Museen & Schlösser in Bayern, Alter Hof 1

Der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Wolfgang Heubisch, der Kulturreferent der Landeshauptstadt München, Dr. Hans-Georg Küppers, und der Leiter der Landesstelle für nichtstaatliche Museen in Bayern, Dr. Michael Henker, präsentieren in einer Pressekonferenz mit allen Beteiligten das neue Münchner Museumsportal im Internet.

Im Anschluss wird das Internetportal unter www.museen-in-muenchen.de freigeschaltet. Das Museumsportal ist ein Projekt des Arbeitskreises der Münchner Museen und Ausstellungshäuser und wird von der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern koordiniert und administriert. Das Zentralinstitut für Kunstgeschichte ist Premiumpartner, das städtische Tourismusamt Kooperationspartner des gemeinschaftlichen Projekts der städtischen, staatlichen und privaten Museen in München. Ziel des neuen Angebots ist es, Kulturtouristen und Museumsinteressierten auf einer Website alle Informationen zu Münchner Museen und Ausstellungshäusern zu bieten: Neben Profilen und Kontaktinformationen der einzelnen Häuser werden aktuelle Informationen zu Ausstellungen, Veranstaltungen und Vermittlungsangeboten bereitgestellt. Relevante Programmpunkte des Museumspädagogischen Zentrums und der Münchner Volkshochschule sowie weitere Services sind in das Portal integriert und nutzerfreundlich aufbereitet – auf Deutsch und Englisch.

Es besteht die Möglichkeit zum Gespräch mit Museumsvertreterinnen und -vertretern.

Mittwoch, 24. Februar, 11 Uhr, Stadtwerke München, Hans-Peißinger-Straße 16

Bürgermeisterin Christine Strobl spricht Grußworte bei der Gütesiegelverleihung an das Stadtwerkeprojekt. Das Stadtwerkeprojekt setzt sich für sozial benachteiligte und/oder individuell beeinträchtige junge Erwachsene ein und bietet ihnen eine gewerblich-technische Ausbildung bei der Stadtwerke München GmbH in Verbindung mit persönlicher und sozialpädagogischer Unterstützung. Die Ausbildung erfolgt im Rahmen der berufsbezogenen Jugendhilfe. Träger des Stadtwerkeprojekts ist Spectrum – Arbeit Beruf Soziales e.V., ermöglicht durch die Stadtwerke München GmbH und

das Stadtjugendamt München. Das Gütesiegel sorgt dafür, dass die ursprüngliche Idee sozialer Verantwortung weiterhin in die Tat umgesetzt wird und damit ihre Gültigkeit bewahrt.

Wiederholung

Mittwoch, 24. Februar, 15 Uhr, Rathaus, Zimmer 203

Bürgermeister Hep Monatzeder übergibt Ilse Soderer die vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familien und Frauen verliehene Bayerische Pflegemedaille. Soderer wird für ihre besonderen Verdienste um pflegebedürftige Menschen ausgezeichnet.

Wiederholung

Mittwoch, 24. Februar, 15 Uhr,

Städtische Kindertageseinrichtung Michael-Ende-Straße 26

Festakt zur Eröffnung der Städtischen Kindertageseinrichtung Michael-Ende-Straße 26 (Stadtbezirk 15 Trudering - Riem). Nach der Begrüßung durch die Leiterin der Einrichtung, Jutta Thomas, spricht Stadträtin Beatrix Zurek (SPD) Grußworte in Vertretung des Oberbürgermeisters. Im Anschluss spricht Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner. Infos zur Einrichtung unter www.muenchen.de/schulreferat/aktuell. Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Mittwoch, 24. Februar, 20 Uhr, Saal des Alten Rathauses

Im Rahmen eines festlichen Abendessens gratuliert Oberbürgermeister Christian Ude Ferdinand Schmid zum 85. Geburtstag. Zu Beginn der Veranstaltung können Pressefotos gemacht werden.

Freitag, 26. Februar, 11 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungsaal

Bürgermeister Hep Monatzeder eröffnet die Konferenz "Zivilgesellschaft in Harare, Kiew und München". Auf der Konferenz, zu der auch die Sozialbürgermeisterin aus Kiew, Irena Kilchytska, und der stellvertretende Bürgermeister aus Harare, Emmanuel Chiroto, angereist sind, treffen sich Politiker und zivilgesellschaftliche Vertreterinnen und Vertreter aus allen drei Partnerstädten zum Erfahrungsaustausch über politische Bürgerbeteiligung und die Rolle der Zivilgesellschaft im Demokratieprozess.

Achtung Redaktionen: Fototermin bereits um **10.30 Uhr** auf dem Marienplatz, Treffpunkt Mariensäule. (Siehe auch unter Meldungen)

Freitag, 26. Februar, 11 Uhr, Freizeitstätte Arnauer Straße 5

Stadtrat Christian Müller (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Eröffnung des Spiel- und Begegnungszentrums am Hart.

Freitag, 26. Februar, 15 Uhr,

Deutsches Patent- und Markenamt, Zweibrückenstraße 10, 2. Stock

Im Rahmen der "Münchner Zukunftsreihe" werden die Ergebnisse einer Studie präsentiert, die erstmals zeigt, welche messbaren ökonomischen und gesellschaftlichen Effekte die Tätigkeit aller Wissens- und Wissenschaftseinrichtungen in der Europäischen Metropolregion München hat. Die Analyse soll die Leistungsfähigkeit der Wissensregion dokumentieren und auch an internationalen Benchmarks messen. Moderiert von Oberbürgermeister Christian Ude werden die zentralen Ergebnisse unter anderem mit Professorin Marion Schick, Vorstand Fraunhofer-Gesellschaft und Leiterin der Arbeitsgruppe Wissen des Vereins Europäische Metropolregion München (EMM e.V), Cornelia Rudloff-Schäffer, Präsidentin des Deutschen Patent- und Markenamtes, Professor Peter Gritzmann, Vizepräsident der Technischen Universität München, und Michael Astor, Prognos AG, diskutiert.

Freitag, 26. Februar, 19.30 Uhr, Prinzregententheater

Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zum vierten Konzert der Münchner Aids-Hilfe. Unter der Leitung von Alexander Liebreich spielt das Münchener Kammerorchester Gustav Mahlers Sinfonie Nr. 4 G-Dur für Sopran und Orchester. Der Erlös des Konzertes kommt der Münchner Aids-Hilfe zugute.

Freitag, 26. Februar, 20.30 Uhr, Audi Zentrum München, Albrechtstraße 16

Im Rahmen der "First Munichfashion Openingnight" spricht Oberbürgermeister Christian Ude Grußworte zur Susanne Wiebe-Fashionshow. Die Eröffnungsgala findet anlässlich der Münchner Modewoche statt.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 2. März, 18 bis 19 Uhr, Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 2. März, 16 bis 18 Uhr, BA-Geschäftsstelle Mitte, 5. Stock, Tal 13

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 5 (Au - Haidhausen) mit der Vorsitzenden Adelheid Dietz-Will. In dieser Zeit ist die Vorsitzende auch unter der Telefonnummer 22 80 26 64 erreichbar.

Dienstag, 2. März, 18 Uhr,

Kulturhaus Ramersdorf-Perlach, Hanns-Seidel-Platz 1

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 16 (Ramersdorf - Perlach) mit der Vorsitzenden Marina Achhammer.

Dienstag, 2. März, 19 Uhr,

Kulturhaus Ramersdorf-Perlach, Hanns-Seidel-Platz 1

Sitzung des Bezirksausschusses 16 (Ramersdorf - Perlach).

Dienstag, 2. März, 19 Uhr,

Stadtteilzentrum Fürstenried Ost, Bürgersaal, Züricher Straße 35

Sitzung des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen - Obersendling - Forstenried - Fürstenried - Solln). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit dem Vorsitzenden Hans Bauer statt.

Dienstag, 2. März, 19 Uhr,

Alten- und Service-Zentrum Obermenzing, Packenreiterstraße 48

Sitzung des Bezirksausschusses 21 (Pasing - Obermenzing). Zu Beginn der Sitzung findet eine *Bürgersprechstunde* mit dem Vorsitzenden Christian Müller statt.

Dienstag, 2. März, 19 Uhr, Toni-Pfülf-Schule, Toni-Pfülf-Straße 30

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 24 (Feldmoching - Hasenbergl) mit dem Vorsitzenden Markus Auerbach.

Dienstag, 2. März, 19.30 Uhr, Toni-Pfülf-Schule, Toni-Pfülf-Straße 30

Sitzung des Bezirksausschusses 24 (Feldmoching - Hasenbergl).

Dienstag, 2. März, 19.30 Uhr,

Alten- und Service-Zentrum Laim, Kiem-Pauli-Weg 22

Sitzung des Bezirksausschusses 25 (Laim). Zu Beginn findet eine **Bürger-sprechstunde** mit dem Vorsitzenden Josef Mögele statt.

Meldungen

(teilweise voraus)

Moschee-Projekt Gotzinger Platz: OB Ude bedauert Rückzug des Dachverbands DITIB

(23.2.2010) In der Frage des Sendlinger Moschee-Bauprojekts bedauert Oberbürgermeister Christian Ude die Entscheidung des türkischen Dachverbands DITIB, das Vorhaben des Münchner Moscheevereins DITIM finanziell nicht zu unterstützen und damit scheitern zu lassen: "Diese Entscheidung ist für die Stadt schon sehr befremdlich, nachdem der türkische Ministerpräsident Recep Erdogan persönlich geäußert hatte, er sehe dieses Projekt als so bedeutsam für die in Deutschland lebenden Türken islamischen Glaubens an, dass er selbst zur Grundsteinlegung nach München kommen werde."

Nachweislich habe die Stadt alles in ihrer Macht Stehende getan, um die Verwirklichung des Vorhabens zu ermöglichen – von der Suche nach einem verfügbaren Grundstück in akzeptabler Lage bis zur Schaffung von Baurecht und sämtlichen planungsrechtlichen Voraussetzungen. Stadtpolitik und Stadtverwaltung treffe somit nicht der geringste Vorwurf wegen des Scheiterns des Projekts. OB Ude: "Dies ist wichtig für das Verhältnis zu den Münchner Türken und der gesamten Bevölkerungsgruppe islamischen Glaubens: Die Stadt hat sie nicht im Stich gelassen."

In diesem Zusammenhang dankt der Oberbürgermeister ausdrücklich der SPD und den Grünen, der FDP und den Linken sowie der ÖDP, dass sie sich ohne Wenn und Aber zur Religionsfreiheit in einer weltoffenen Stadt bekannt und weder rechtsextremen Anfeindungen noch konservativen Widerständen nachgegeben hätten.

Volles Verständnis äußerte OB Ude für den Rücktritt des Münchner DITIM-Vorsitzenden Recep Dereli, der sich von der Kölner Zentrale im Stich gelassen fühlt. Für den Zentralverband DITIB wird es nach Udes Ansicht künftig schwieriger werden, deutsche Kommunalpolitiker für die Unterstützung von Bauvorhaben zu gewinnen. Der OB weilt zur Zeit auf der Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags in Ludwigshafen.

Sobald die offizielle Mitteilung des Antragstellers vorliegt, sind alle Themen der Rückabwicklung und der künftigen Nutzung des Areals am Gotzinger Platz im Stadtrat zu behandeln.

Glückwünsche für Ferdinand Schmid zum 85. Geburtstag

(23.2.2010) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Ferdinand Schmid zum bevorstehenden 85. Geburtstag: "Seit 1957 waren Sie in verschiedenen Positionen im Braugewerbe tätig. Ihnen ist es zu verdanken, dass die Augustinerbrauerei als erfolgreiche und eigenständige Münchner Brauerei erhalten geblieben ist. Damit haben Sie einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Münchner Gastlichkeit und Gemütlichkeit geleistet.

Auch im Ruhestand haben Sie sich der Pflege und dem Erhalt der Münchner Brautradition verschrieben. Als Vorsitzender der Edith-Haberland-Wagner-Stiftung kümmern Sie sich um den Erhalt Münchner Traditionsgaststätten. Ein Glanzpunkt ist dabei sicherlich der Kauf und die Renovierung des ältesten Münchner Bürgerhauses in der Sterneckerstraße, das heute das Bier- und Oktoberfestmuseum beherbergt.

Für Ihr großes Engagement zum Wohle unserer Stadt möchte ich Ihnen sehr herzlich danken und wünsche Ihnen weiterhin Gesundheit und Wohlergehen."

Konferenz "Zivilgesellschaft in Harare, Kiew und München"

(23.2.2010) Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie Bürgermeister aus München, Kiew und Harare diskutieren am 26. und 27. Februar im Großen Sitzungsaal des Rathauses über politische Bürgerbeteiligung und die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Entwicklung und Bewahrung von Demokratie und Rechtsstaat.

Ziel der Konferenz "Zivilgesellschaft in Harare, Kiew und München" ist es, über das bemerkenswerte Engagement in den drei Partnerstädten zu informieren und Anregungen für die weitere zivilgesellschaftliche Entwicklung in ihrem Heimatland zu geben. Angestrebt ist auch ein längerfristiger Austausch und die Gründung eines kooperativen Netzwerkes.

- Der erste Konferenztag am 26. Februar im Großen Sitzungssaal des Rathauses ist öffentlich:
 - 11 Uhr: Begrüßung durch Bürgermeister Hep Monatzeder
 - 11.30 Uhr: Einführungsvortrag des Bürgerrechtlers Wolfgang Templin

Podiumsgespräche über bürgerschaftliches Engagement mit den Gästen

- 13.15 Uhr: aus München15 Uhr: aus Kiew17 Uhr: aus Harare
- Am zweiten Konferenztag, 27. Februar, diskutieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den drei Partnerstädten in mehreren Workshops über ihre Erfahrungen und Ziele in der Bürger- und Menschenrechtsarbeit.

Veranstalter der München-Konferenz sind die Landeshauptstadt München – Stelle für internationale Angelegenheiten, die Hanns-Seidel-Stiftung, das Bischöfliche Hilfswerk Misereor Arbeitsstelle München, die evangelische Kirche in München, forumNET.Ukraine, der Arbeitskreis HaMuPa (Harare München Partnerschaft) im Nord-Süd-Forum e.V., der Bund ukrainischer Studenten in Deutschland e.V. und ESS-München.

Nähere Informationen zur Konferenz und zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gibt es unter www.muenchen-konferenz.de

Zirkusvorstellung für Pflegefamilien

(23.2.2010) Alle Pflegeeltern mit ihren Münchner Pflegekindern über drei Jahren bekommen am kommenden Donnerstag, 25. Februar, um 14.30 Uhr eine kostenlose Zirkusvorführung im Circus Krone. Das Stadtjugendamt im Sozialreferat möchte sich damit herzlich bei den Pflegeeltern bedanken, die sich das ganze Jahr über für "ihre" Kinder einsetzen. Circus Krone verlangt seinerseits für die rund 3.000 Karten vom Sozialreferat nur den halben Preis und erweist damit ein weiteres Mal sein großes soziales Engagement in München.

Ob als Tagesmutter oder Tagesvater, in der Bereitschaftspflege oder der Vollpflege, Pflegeeltern sind bereit, sich auf das Pflegekind einzulassen, es ein Stück auf seinem Lebensweg zu begleiten und seine Entwicklung zu fördern. Liebe und Trennung sind bestimmende Momente. Das Stadtjugendamt steht den Herkunftsfamilien und den Pflegefamilien mit Rat und Tat, mit persönlichen Gesprächen und Schulungen zur Seite. Die in den vergangenen Jahren ansteigende Zahl der Kinder, die zu einer Pflegefamilie müssen, macht es notwendig, das vielfältige Leistungsangebot zu erhalten.

Winterdienstbilanz für Montag, 22. Februar

(23.2.2010) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:

Montag, 23. Februar:

Einsatzzahlen:

Personal: 115 Fahrzeuge: 63

Streuguteinsatz:

Salz: 3,623 t Splitt: 2,8 t

Kosten des Einsatztages: 79.310,65 Euro

Bisherige Bereitschaftstage: 24

Bisherige Einsatztage: 93

Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2009/2010: 19.643.294,46 Euro

Münchner Hoagart'n 2010 in Trudering

(23.2.2010) Am Freitag, 26. Februar, 19 Uhr, lädt das Kulturreferat der Landeshauptstadt München zu seinem Hoagartn ein. Der Münchner Hoagart'n ist ein monatliches offenes Sänger- und Musikanten-Treffen, bei dem die teilnehmenden Gruppen nicht ausgewählt oder bestellt sind, sondern sich selbst melden. Die Veranstaltungsorte variieren, die Hoagart'n finden jeweils in einem anderen Stadtteil statt. Es wird gemeinsam gesungen, musiziert, Gedichte vorgetragen und Geschichten erzählt. Gemütlich, unterhaltsam und abwechslungsreich gestaltet sich der Abend bei Musik und gutem Essen. Dieses Mal ist der Hoagart'n in der Gaststätte "Obermaier" in der Truderinger Straße 306 unter der Hoagartnleitung von Klaus Servi. Zum Singen und Musizieren haben sich bereits angekündigt: Die Kirchheimer Saitenmusik, der Waldhäusl Zwoagsang, die Münchner Singperlen, die Notenkramer und die Gruppe Saitenwechsel. Der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen, Platzreservierungen können leider nicht vorgenommen werden. Nähere Informationen im Internet unter www.muenchen.de/volkskultur.

Filmreihe "Cinema e storia" in der Stadtbibliothek Am Gasteig

(23.2.2010) Die Filmreihe "Cinema e storia III" (Film und Geschichte III), die vom Circolo Cento Fiori in Zusammenarbeit mit der Filmstadt München und der Münchner Stadtbibliothek veranstaltet wird, stellt im dritten und letzten Zyklus drei Themen in den Mittelpunkt, die die italienische Gesellschaft in den letzten 40 Jahren entscheidend beeinflusst und verändert haben: die Korruption der politischen Klasse, Italien als Einwanderungsland sowie die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt. Im Anschluss an jede Filmvorführung vertiefen auch dieses Mal Vorträge die im Film behandelte Thematik.

Am Samstag, 27. Februar, 17 Uhr, wird im Vortragssaal der Stadtbibliothek Am Gasteig, Rosenheimer Straße 5, der Film "Tutta la vita davanti" (Italien 2008, 117 Minuten, Original mit deutschen Untertiteln. Regie: Paolo Virzì, Buch: Franceso Bruni und Paolo Virzì) mit Isabella Ragonese, Massimo Ghini, Valerio Mastandrea, Micaela Ramazzotti, Elio Germano und Sabrina Ferilli nach dem Buch "Il mondo deve sapere" von Michela Murgia gezeigt. Der Film beschäftigt sich mit dem Phänomen der Zeitarbeit (precariato) und dem jungen akademischen Proletariat, dem Dauerbeschäftigung und Karriere in Aussicht gestellt wird, obwohl es höchst selten eine Chance auf Festanstellung gibt. Marta hat eine brillante Abschlussarbeit in Philosophie geschrieben, aber als sie sich um eine erste Arbeitsstelle bewirbt, erhält sie nur Absagen. In der U-Bahn lernt sie eine alleinerziehende Mut-

ter kennen, die sie mit der Welt der Callcenter vertraut macht. Praktisch jeder kann dort einen Teilzeitjob bekommen. Die intelligente und sensible Marta findet sich mit ihrem neuen Job plötzlich in einem schockierenden fremden Universum wieder, in einem Callcenter mit multinationalem Team. Es herrscht eine verdrehte lärmende Atmosphäre in diesem Großraumbüro, in dem Mädchen bewaffnet mit Headsets, Computern und Telefonen sitzen und versuchen, Termine für Vertreter mit potentiellen Kunden zu vereinbaren. Alles dreht sich ums Verkaufen und das immer schneller. Um den Adrenalin-Spiegel hoch zu bringen, stehen am Morgen Aerobic-Übungen auf dem Programm, sind SMS-Weckrufe nach daheim an der Tagesordnung. Die Angestellten werden mit Terrormethoden kontrolliert und beim kleinsten Fehler erbarmungslos gefeuert.

Im Anschluss an den Film hält Norma Mattarei um zirka 19.15 Uhr einen Vortrag zum Thema: "Unruhe in der Arbeitswelt: Entsolidarisierung in der Gesellschaft und emotionale Desorientierung als Folgen der Zeitarbeit". Karten zu 9 Euro, ermäßigt 7 Euro, gibt es bei München Ticket, Telefon 54 81 81 (Vorverkauf läuft).

Stadtbibliothek Fürstenried: Ladies Night mit Anette Göttlicher

(23.2.2010) Am Freitag, 26. Februar, 19.30 Uhr, ist Ladies Night in der Stadtbibliothek Fürstenried: Anette Göttlicher liest aus ihrem neuesten Roman "Die Melonenschmugglerin" Mitte 30 und endlich vom Traummann schwanger... da muss man doch einfach glücklich sein! Nicht so Charlotte: Denn mit dem Bauch wächst auch das Chaos in ihrem Leben und vor allem in ihrem Herzen. Ist Frank wirklich der Richtige? Oder ist ihr bester Freund Tom eigentlich nicht schon lange die Liebe ihres Lebens? Sind vielleicht allein die Hormone Schuld an dieser Verwirrung? Und so steht Charlotte auf einmal in einer Lebensphase, in der doch alles klar sein sollte, mit einem Baby im Bauch zwischen zwei Männern. Anette Göttlicher, Jahrgang 1975, ist Journalistin, Autorin und Schreibcoach. Sie liebt Australien, Digitalfotografie und ihre Heimatstadt München, in der sie mit ihrem Mann und ihrer kleinen Tochter lebt. Mehr unter www.anette-goettlicher.de und www.goettlicherschreiben.de. Die Zeitschrift "Jolie" schreibt über die Autorin: "Hier kommt die deutsche Antwort auf Bridget Jones." Eintrittskarten zu 6 Euro gibt es in der Stadtbibliothek Fürstenried, Forstenrieder Allee 61, Telefon 7 59 69 89-23, stb.fuerstenried.kult@muenchen.de. Ein Gläschen Sekt und leckere Häppchen sind im Eintrittspreis enthalten.

Maria Peschek mit neuem Programm in der Stadtbibliothek Moosach

(23.2.2010) Am Mittwoch, 24. Februar, ist Maria Peschek, die Münchner Kabarettistin und Preisträgerin des Münchner Kabarettpreises 2009, mit ihrem neuen Kabarett "Und wer is schuld!?" in der Stadtbibliothek Moosach zu Gast. Beginn ist um 20 Uhr, Einlass ab 19.30 Uhr. Mehr als 20 Jahre schon kommentiert die Münchner Kabarettistin Maria Peschek scharfzüngig Politik und Gesellschaft immer mit dem Blick auf das Wesentliche. Da bleibt kein Auge trocken und jeder Einzelne fühlt sich angesprochen, denn Maria Peschek (alias Paula Pirschl) "kritisiert nicht nur festgefahrene Systeme, sondern jeden Einzelnen – jeden, der sich verstecken will hinter einer Wand des Schweigens, des sich Nicht-Einmischens" (Jury des Kabarettpreises der Stadt München). In ihrem neuen Programm "Und wer is schuld?!" geht Maria Peschek neue Wege, verabschiedet sich von ihrer Figur, der Ratschkathl Paula Pirschl, die sie bislang die heiklen Fragen des Lebens und Miteinanderlebens lautstark kommentieren ließ. Sie verzichtet auf die Schürze – aus Gründen der Eitelkeit und weil sie gerade angefangen hat zu passen. Die Peschek erzählt komische Geschichten darüber, wieso sie wie viele ihrer Zeitgenossen grundsätzlich ein schlechtes Gewissen hat, wenn sie kontrolliert wird und stellt die Frage, wann es denn bitteschön die ideale Familie gegeben haben soll, deren Verlust alle so bitter beklagen. Sie schlägt sich herum mit seltsamen Sicherheitsvorkehrungen, Terrorangst, dem Internet, Vergesslichkeit und Altersdemenz und hat ungewöhnliche Vorschläge zur Gewaltprävention.

Eintrittskarten zu 10 Euro sind ab sofort in der Stadtbibliothek Moosach, Hanauer Straße 61 a, erhältlich oder können unter 30 90 5479 0 telefonisch reserviert werden.

Niederländischer Filmabend in der Stadtbibliothek Am Gasteig

(23.2.2010) Die Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig zeigt – in Zusammenarbeit mit dem Niederländischen Generalkonsulat – im Rahmen der Niederländischen Filmreihe am Mittwoch, 24. Februar, um 18.30 Uhr den Film "Nachtrit" (90 Minuten, niederländisch mit englischen Untertiteln) im Vortragssaal der Bibliothek. Der Eintritt ist frei. Der allein lebende Taxifahrer Dennis möchte sich selbständig machen und nimmt für eine Lizenz ein Darlehen auf. Anfangs läuft alles gut, doch das Taxi-Geschäft in Amsterdam ist ziemlich ruppig. Hinzu kommt die turbulente Beziehung zu seinem Bruder und dessen Frau, die seine Ex-Freundin ist. Der Film beschreibt in erzählender Form wahre Begebenheiten aus dem Jahr 2000, als die Kartellbehörde Missstände im Taxigewerbe in Amsterdam aufdeckte. Frank

Lammers wurde für seine Rolle als Dennis 2006 auf dem Netherlands Filmfestival in Utrecht als bester Schauspieler ausgezeichnet. Das Programm des Filmabends und weiterer Veranstaltungen der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig, Rosenheimer Str. 5, ist auch im Internet abrufbar unter www.muenchner-stadtbibliothek.de/veranstaltungen. Weitere Auskünfte gibt es unter der Rufnummer 48 098-33 16.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 23. Februar 2010

Vorbild für die Wirtschaft? Elektro-, bzw. Hybridfahrzeuge bei der Stadt

Anfrage Stadträte Richard Quaas und Georg Schlagbauer (CSU) vom 10.11.2009

Antwort Bürgermeisterin Christine Strobl:

Auf Ihre Anfrage vom 10.11.2009 nehme ich Bezug und danke Ihnen für die Verlängerung der Antwortfrist.

In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt: Das Umweltreferat möchte München zu einer Modellregion bei der Nutzung des Elektroantriebs bei Liefer- und Zustellfahrzeugen machen. Dazu soll die Infrastruktur für diese Fahrzeuge in München verbessert, bzw. deutlich ausgebaut werden. Um so ein Projekt auch für mittelständische Unternehmen und Händler attraktiv zu machen, bedarf es aber auch funktionierender Referenzprojekte in der Stadt. Dies kann letztlich nur die Stadt selbst und ihre Tochtergesellschaften gewährleisten. Die Stadt hat hier eindeutig eine Vorbildfunktion in ihrem eigenen Fuhrpark.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Wie viele Elektrofahrzeuge betreibt momentan die Stadt in ihrem Fuhrpark selbst und wie viele sind jeweils bei Beteiligungsgesellschaften, wie z. B. SWM, MVG, M-Net, in Betrieb?

Antwort:

Im städtischen Bereich gibt es zurzeit nur ein Elektrofahrzeug (Golf-Caddy) beim Referat für Gesundheit und Umwelt, Friedhofsverwaltung sowie 21 Elektrostapler in verschiedenen Dienststellen der Referate.

Die bereits 1989 beschafften sechs leichten Nfz mit Elektroantrieb für das Baureferat, Straßenreinigung (für die Papierkorbentleerung in der Fußgängerzone) hatten eine sehr hohe Störanfälligkeit und eine geringe Reichweite. 2004 wurden sie durch Erdgasfahrzeuge ersetzt.

Bei den Beteiligungsgesellschaften befinden sich derzeit folgende Elektro-Fahrzeuge/Arbeitsmaschinen im Einsatz:

- Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH
 1 Elektro- Fahrzeug (E-Fz),Pkw
- Flughafen München GmbH
 5 Elektro-Stapler
 sowie folgende Abfertigungsgeräte:
 59 Elektro-Schlepper
 38 Elektro-Fluggasttreppen
 75 Elektro-Gepäckförderbänder
- Messe München GmbH3 E-Fz, Pkw6 Elektro-Stapler
- Münchner Tierpark Hellabrunn AG
 4 E-Fz
 2 Elektro-Stapler
- Olympiapark München GmbH
 7 E-Fz
- Städtisches Klinikum München GmbH
 28 E-Fz (für den Innenbereich)

Frage 2:

Wie viele Fahrzeuge mit Hybridantrieb gibt es zurzeit bei der Stadt, bzw. den städt. Tochtergesellschaften?

Antwort:

Im städtischen Bereich gibt es zurzeit nur ein Hybridfahrzeug (Pkw) beim Kommunalreferat, Abfallwirtschaftsbetrieb München.

Bei den Beteiligungsgesellschaften befinden sich derzeit folgende Hybrid-Fahrzeuge/Arbeitsmaschinen im Einsatz:

Flughafen München GmbH
 1 Fahrzeug
 sowie folgende Abfertigungsgeräte:
 122 Hybridschlepper

- SWM 1 Omnibus

Frage 3:

Gibt es bei der Stadt und den Beteiligungsgesellschaften aktuell Bestellungen für neue Elektro-, bzw. Hybridfahrzeuge und sind weitere fest geplant?

Antwort:

Im Bereich Referat für Gesundheit und Umwelt, Friedhofsverwaltung, ist für geeignete Einsatzbereiche die Ersatzbeschaffung von sieben Elektro-Fahrzeugen (Pkw und Kommunalfahrzeuge) vorgesehen.

Im Bereich der Beteiligungsgesellschaften ist beim Tierpark Hellabrunn die Beschaffung von einem weiteren 1 Elektro-Fahrzeug geplant und bei den Stadtwerken München die Bestellung für zwei weitere Hybrid-Omnibusse bereits erfolgt.

Frage 4:

Wie viele Fahrzeuge umfasst der Kfz-Bestand der Landeshauptstadt München und der Beteiligungsgesellschaften zurzeit insgesamt?

Antwort:

In beiden Bereichen umfasst die Fuhrparkgröße je ca. 2.200 Fahrzeuge (inkl. Arbeitsmaschinen, die zum Teil keine Straßenzulassung haben).

Frage 5:

Welcher Prozentsatz dieser Flotte und welche Fahrzeugtypen können realistisch gesehen jeweils auf Elektro-, bzw. Hybridantrieb umgestellt werden und in welchen Zeiträumen lässt sich so eine Umstellung bei der Stadt und den Beteiligungsgesellschaften wirtschaftlich verwirklichen?

Antwort:

Sowohl die Stadt als auch die Beteiligungsgesellschaften sehen sich aufgrund ihrer Vorbildfunktion für den Umwelt- und Klimaschutz verpflichtet, in den nächsten Jahren elektro- bzw. hybridbetriebene Fahrzeuge einzusetzen. Hierbei sind aber die Verfügbarkeit geeigneter Fahrzeuge, die Serientauglichkeit, Wirtschaftlichkeit und die entsprechende Infrastruktur mit zu berücksichtigende Kriterien.

Im Rahmen der Beschaffung werden Fahrzeuge grundsätzlich nach diesen Kriterien sowie den neuesten Schadstoffrichtlinien und Umweltaspekten ausgeschrieben. Infolge dessen befinden sich eine ganze Reihe an Erdgas-

fahrzeugen (mit bivalentem Antrieb) und Lkw mit Euro 5-Norm sowie EEV-Emissionsklasse (vergleichbar mit Erdgasfahrzeugen) und u. a. ein paar Elektro- und Hybrid- Fahrzeuge im Einsatz.

Bei den derzeit angebotenen und uns bekannten Elektro-Fahrzeugen handelt es sich überwiegend um "Leichtfahrzeuge" die im kommunalen Einsatz (mit Sonderausstattungen wie z. B. Standheizung und Rundumkennleuchte) noch keine großen Einsatzzeiten erbracht haben und u. E. daher eher als Pilotprojektfahrzeuge zu bezeichnen sind.

Realistisch gesehen kommen daher in unserem Fuhrpark (bei dem es sich überwiegend um Lkw, Sonderfahrzeuge und Arbeitsmaschinen handelt) und aufgrund des derzeit kleinen Angebots theoretisch nur ca. 2 bis 3% unserer Fahrzeuge für einen Elektro- bzw. Hybrid-Antrieb in Betracht. Eine Prognose für eine Umstellung dieser Fahrzeuge abzugeben ist aber dennoch sehr schwer. Im Wesentlichen sind es die Batterie-Kapazität und der hohe Preis bei den Elektro-Fahrzeugen und bei den Hybridfahrzeugen der zusätzliche Antrieb, der die Räume eng macht und das Gesamtgewicht erhöht sowie der hohe Preis, die eine Umstellung beeinflussen. Solange sich in diesen Punkten sowie den oben genannten Kriterien keine Verbesserungen ergeben, wird es noch etwas dauern, bis man die Pilotphase verlassen kann. Die Vergabestelle wird aber in jedem Einzelfall weiterhin prüfen, ob es ökologisch sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar ist ein Fahrzeug mit Elektro- oder Hybrid-Antrieb zu beschaffen.

Laut Stellungnahme des RGU, Herrn Lorenz, vom 14.10.2009 während der Podiumsdiskussion "Elektromobilität - Irrweg oder Lösungsansatz" im Rahmen der "Münchner Zukunftsreihe" besteht das vorrangige Ziel der Landeshauptstadt München darin, insbesondere aus Gründen der Luftqualität den herkömmlichen städtischen Lieferverkehr nach und nach durch Elektrofahrzeuge zu ersetzen. Die Umstellung von Pkw auf Elektroantrieb steht – auch zur Vermeidung von zusätzlichem innerstädtischem Kfz-Verkehr – frühestens an zweiter Stelle. Der begrenzende Faktor für eine Umstellung von herkömmlichen Kraftfahrzeugen auf Elektro- bzw. Hybridantrieb ist jedoch die Angebotsseite. Derzeit befinden sich – von kleinen Nutzfahrzeugen für die Reinigung von Straßen, Wegen, etc. bzw. Bearbeitung von Grünflächen abgesehen – noch keine Elektrofahrzeuge auf dem Markt, die die Ansprüche hinsichtlich Reichweite, (u. a. Batterie-) Gewicht, Ladezeit und Kosten zufriedenstellend erfüllen.

Vor diesem Hintergrund beteiligt sich die Landeshauptstadt München an dem Projekt "Modellregion Elektromobilität München", einem vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) geförderten Forschungsprojekt, in dem die o. g. Defizite im Bereich Elektromobilität mit

Hilfe von zusätzlicher Forschungs- und Entwicklungsarbeit verringert bzw. beseitigt werden sollen. Seitens der SWM als Projektleitstelle wurde beim BMVBS die Förderung für drei Einzelprojekte beantragt:

- Produktion von 60 Ultraleicht-Fahrzeugen für den Lieferverkehr,
- Beschaffung eines Hybridbusses für die MVG,
- Erstellung eines Elektromobilitätskonzepts durch die SWM.

Die Serienproduktion von Pkw ist frühestens ab Mitte 2010 bzw. 2011 seitens einiger ausländischer Fahrzeughersteller (Mitsubishi, REVA, Tessla, Toyota, etc.) geplant.

Frage 6:

Besteht in der Beurteilung dieser Dinge zwischen dem Umweltreferat und den Nutzerreferaten, bzw. städt. Gesellschaften, Einvernehmen oder gibt es hier unterschiedliche Meinungen, bzw. Differenzen in der Beurteilung der Machbarkeit des Projektes bei der Stadt und des angestrebten Zeitrahmens?

Antwort:

Das RGU arbeitet, als federführendes städtisches Referat beim Thema Elektromobilität, mit der Vergabestelle, den städtischen Referaten und den Beteiligungsgesellschaften eng zusammen.

Man ist sich weitgehend einig, dass eine Umstellung von kleineren Nutzfahrzeugen (Straßen-, Wegereinigung, Pflege von Grünflächen) auf Elektroantrieb – vor dem Hintergrund entsprechend positiver Erfahrungen anderer Betriebe sowie bei Erfüllung der oben genannten Kriterien möglich ist. Die derzeit angebotenen Fahrzeuge gelten bereits heute als wirtschaftlich, da der Energieverbrauch von Elektrofahrzeugen nur ? bis ¼ des Verbrauchs von Benzin-, Diesel- und Erdgasfahrzeugen betragen soll. Bei steigenden Energie- und damit Kraftstoffpreisen ist somit von einer zunehmenden Wirtschaftlichkeit von Elektrofahrzeugen auszugehen. Dies ist aber in jedem Einzelfall vor einer Fahrzeugbeschaffung zu prüfen. Das RGU verfolgt – in Anlehnung an die oben zitierte Stellungnahme des Referenten für Gesundheit und Umwelt – drei Prioritäten:

- Die Umstellung auf Elektromobilität muss klima- und umweltneutral erfolgen, d. h. der zusätzliche Strombedarf soll ausschließlich aus erneuerbaren Energien stammen. In diesem Punkt besteht Einvernehmen mit dem lokalen Energieversorger, den SWM.
- 2. Die Umstellung auf Elektromobilität darf keinen zusätzlichen motorisierten Individualverkehr (MIV) zu Lasten des in München hervorragend

- ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) verursachen. Auch hier besteht Einvernehmen mit dem lokalen Verkehrsunternehmen, der MVG.
- 3. Die Umstellung auf Elektromobilität soll prioritär beim innerstädtischen Lieferverkehr erfolgen, erstens in Anlehnung an Ziel 2, zweitens um die mit der Einrichtung der Umweltzone verfolgten Luftqualitätsziele im Innenstadtbereich zu unterstützen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 23. Februar 2010

München erstellt einen jährlichen kommunalen Sicherheitsbericht

Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

München nimmt am Wettbewerb "Bundeshauptstadt der Biodiversität" teil

Antrag Stadtrat Dr. Michael Mattar (FDP)

Sofortige Einstellung aller Planungen zum Durchstich der Stäblistraße

Dringlicher Antrag Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler)

Ausrüstung der Stadtrats-Notebook mit UMTS-Zugang

Anfrage Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler)

Schaden für die Olympiabewerbung Münchens durch Auftritt des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer in Vancouver

Anfrage Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler)

Unruhe in Berg am Laim: Wie geht es mit den "unbegleiteten" irakischen Flüchtlingen in der Baumkirchner Straße weiter? Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Razzia gegen die Moslem-Szene – auch in München?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

München zeigt Spielhallen die rote Karte!

Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

BÜNDNIS 90 rosa DIE GRÜNEN liste Stadtratsfraktion München

Herrn Oberbürgermeister Christian Ude Rathaus

München, 23.02.2010

Antrag

München erstellt einen jährlichen kommunalen Sicherheitsbericht

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Kreisverwaltungsreferat erstellt ergänzend zum jährlichen Sicherheitsbericht des Polizeipräsidiums einen eigenen kommunalen Sicherheitsbericht. In diesem werden die eigenen kommunalen Anstrengungen für die Sicherheit der Münchner BürgerInnen dargestellt.

Begründung:

Jährlich erstellt das Polizeipräsidium München einen eigenen Sicherheitsbericht für München ("Sicherheitsreport"). Dieser wird einmal jährlich dem Kreisverwaltungsausschuss vorgestellt und dort diskutiert. In diesem Bericht sind allerdings die immensen kommunalen Anstrengungen für die Verbesserung und Aufrechterhaltung der Sicherheit für die Münchner BürgerInnen nicht enthalten.

München ist aber selbst in vielen sicherheitsrelevanten Bereichen aktiv tätig. Als Beispiele seien nur genannt:

- das Waffenrecht
- das Versammlungsrecht
- die Ausstellung von Aufenthaltsverboten
- Heimaufsicht
- Lebensmittelkontrolle
- Sicherheit bei der MVG
- Videoüberwachung
- Verkehrsüberwachung
- Terrorismusbekämpfung in der Ausländerbehörde
- Katastrophenschutz

Die Tätigkeiten der LHM im Bereich der präventiven und repressiven Sicherheit werden bisher nicht oder nur in einzelnen Fällen (z.B. Sicherheit auf der Wiesn) dargestellt. Gleichzeitig sind die Daten aber im Kreisverwaltungsreferat bzw. anderen Referaten vorhanden, z.B. Im Rahmen der Steuerungsberichte.

Es ist an der Zeit, die Aktivitäten der Stadt im Bereich der Sicherheit gebündelt darzustellen und dem Sicherheitsbericht des Polizeipräsidiums München gegenüberzustellen. Dabei sollen nicht nur Zahlen geliefert werden, sondern auch Entwicklungen, Tendenzen und Maßnahmen der Verwaltung aufgezeigt werden.

Der Sicherheitsbericht ist in Zusammenarbeit mit allen anderen betroffenen Referaten vom Kreisverwaltungsreferat zu erstellen und jeweils in der Sitzung des Kreisverwaltungsausschusses einzubringen, in welcher auch der Sicherheitsbericht der Polizei diskutiert wird.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste Initiative:
Siegfried Benker
Sabine Nallinger
Stadtrat/Stadträtin

FDP

FRAKTION IM STADTRAT DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, TELEFON 089/233-92644 FAX 233-20436 fdp@muenchen.de

Herrn Oberbürgermeister Christian Ude Rathaus

23.02.2010

Antrag Nr.:
München nimmt am Wettbewerb
"Bundeshauptstadt der Biodiversität" teil

Der Stadtrat möge beschließen: Die Landeshauptstadt München nimmt am Wettbewerb "Bundeshauptstadt der Biodiversität" teil.

Begründung:

Im Rahmen internationaler Aktionen wird von der Deutschen Umwelthilfe e.V. gemeinsam mit der Stiftung "Lebendige Stadt" im Juli 2010 der Wettbewerb "Bundeshauptstadt der Biodiversität" ausgelobt. Weitere Informationen sind im Internet unter: www.biodiversitaetskommune.de und unter www.capital-biodiversity.eu zu finden.

Ziel ist, die Kommunen zu konkreten Maßnahmen für den Schutz der Natur und der Artenvielfalt zu motiveren. Der Wettbewerb ist mit einem Preisgeld von Euro 50.000 ausgestattet. Zudem wird die Teilnahme mit Auszeichnungen belohnt und ist mit dem Biodiversität-Audit verbunden.

Die Landeshauptstadt München sollte rechtzeitig die Chance ergreifen, am Wettbewerb "Bundeshauptstadt der Biodiversität" teilzunehmen.

Gez.

Dr. Michael Mattar Fraktionsvorsitzender



Johann Altmann

Ehrenamtlicher Stadtrat der Landeshauptstadt München

Rathaus, Zimmer 173 Marienplatz 8 80331 München Tel.: 089 / 233 – 20766 Fax: 089 / 233 – 20770 johann.altmann@muenchen.de

Freie Wähler im Stadtrat der LH München, Marienplatz 8, 80331 München

An den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München Herrn Christian Ude Rathaus Marienplatz 8 80331 München

DRINGLICHER ANTRAG

zur nächsten VV des Stadtrates am 03.03.2010

22. Februar 2010

Sofortige Einstellung aller Planungen zum Durchstich der Stäblistraße

Der Stadtrat möge beschließen, dass

- 1. die Landeshauptstadt München umgehend alle weiteren Planungen zum Durchstich der Stäblistraße einstellt,
- 2. entsprechend den bereits 2004 seitens des Referat für Stadtplanung und Bauordnung gemachten Vorschlägen (vgl. Sitzungsvorlage 02-08 / V 05520) eine Verkehrsentlastung des Ortskerns Forstenried verfolgt wird.

Begründung:

In der mittlerweile vorliegenden Stellungnahme des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU) – Schreiben des LfU an die Regierung von Oberbayern vom 11.01.2010 – werden erhebliche Mängel in der Zusammenstellung der Planungsunterlagen und der gesamten Planungsdurchführung aufgezeigt. Hinsichtlich der notwendigen Lärmschutzuntersuchungen hat es die LH München zudem entgegen anders lautender Absprachen unterlassen, notwendige Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Dabei fallen nicht nur teils grundlegende Widersprüche in den Planungsunterlagen auf, auch werden seitens des LfU grundlegende Umplanungen mit Einbeziehung von Flüsterasphalt, des Verkehrs der umliegenden Wohnsiedlungen bis hin zu ggf. einer Trogführung des Durchstiches angeregt.

Auch die zu erwartenden NO-X-Belastungen, die schon 2009 im Jahresmittel über den seit 01.01.2010 geltenden zulässigen Grenzwerten liegen dürften, legen eine grundlegende Neuplanung des zulässigen Verkehrs – v.a. hinsichtlich des Lkw-Verkehrs – nahe.

Mit dem Ende der Einwendungsfrist im Planfeststellungsverfahren haben laut einer Antwort der Bayerischen Staatsregierung auf eine Anfrage des MdL Prof. Dr. Michael Piazolo zudem ca. 2.400 Bürgerinnen und Bürger per Unterschriftenliste in Sammeleinwendungen und ca. 900 mit Einzeleinwendungen direkt Widerspruch gegen diese Pläne eingelegt. 65

Bürgerinnen und Bürger sowie die Gemeinde Neuried haben, vertreten durch 5 Anwaltskanzleien, teils sehr umfangreiche Schriftsätze gegen diese Pläne eingereicht.

So wird u.a. auch gegen die Heraufstufung der Stäblistraße zur Staatsstraße mitten in einem reinen Wohngebiet geklagt, so dass derzeit keine hinreichende rechtliche Grundlage für das Planfeststellungsverfahren gegeben sein dürfte.

In den letzten 20 Jahren wurden bereits mehrfach Pläne, um Baurecht zum Durchstich zu erlangen, für unzulässig erklärt. Auch hat in den Sitzungsvorlagen vom 08.12. und 15.12.2004 die damalige Stadtbaurätin Frau Prof. Thalgott die Einstellung dieser Planungen empfohlen und angeregt die selbstverständlich wünschenswerte und notwendige Entlastung im Bereich der Forstenrieder Allee in Fürstenried durch andere Maßnahmen zur Verkehrslenkung – u.a. durch Einbeziehung des Ausbaus des Mittleren Rings und dadurch frei werdende Aufnahmekapazitäten im Bereich der Boschertsriederstraße – zu erreichen. Entgegen der damals dargelegten verkehrsplanerischen Beurteilung auf Grundlage eines Verkehrsgutachtens von Prof. Kurzak wurde durch eine Stadtratsmehrheit aus SPD, CSU und FDP die Planung wider besseren Wissens weiter verfolgt.

Angesichts des notwendigen Schutzes der Anwohner und aufgrund der dargelegten Verfahrens- und Planungsmängel, die sicherlich eine Flut von Klagen gegen diese Pläne verursachen, würde eine weitere Aufrechterhaltung der Planung nur noch mehr Kosten für die LH München und somit weitere unnötige und in Zeiten eines mehr als angespannten Kommunalhaushaltes auch nicht vermittelbare finanzielle Belastungen für alle Steuerzahler hervorrufen. Im Ergebnis wäre wieder einmal viel Zeit und Geld verloren, was besser in Planungen zu einer echten Verbesserung der Gesamtverkehrssituation für diesen Bereich verwendet werden sollte.

Johann Altmann, Stadtrat





Johann Altmann – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

An den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München Herrn Christian Ude Rathaus Marienplatz 8 80331 München

Johann Altmann

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66 Mobil: +40 (0) 160 / 708 655 Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70 E-Mail: johann.altmann@muenchen.de

München, 22. Februar 2010

ANFRAGE

Ausrüstung der Stadtrats-Notebook mit UMTS-Zugang

Mit Schreiben vom 03.02.2010 informierte das Direktorium, Sachgebiet 3 Datenverarbeitung D-GL3-DV, alle ehrenamtliche Stadträte über den erfolgreichen Abschluss der Testphase der UMTS-Anbindung der Stadtratsnotebooks. Im nächsten Schritt wird geplant interessierte Stadtratsmitglieder mit dieser Technik auszustatten und eine für diesen Fall erforderliche Aktualisierung des LIMUX-Basisclients vornehmen zu lassen.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit dem LIMUX-basierten Stadtrats-Notebook hatte ich bereits am 15. Juni 2009 einen Antrag gestellt, wonach unter den Mitgliedern des Stadtrates der LH München eine Zufriedenheitsumfrage für dieses System durchgeführt werden soll. Des weiteren sollte "eine aktuelle Darstellung zu den seit der Einführung aufgelaufenen System-Kosten für diese Stadtrats-Laptops inklusive der notwendigen Betreuungskosten sowie der durch die Umstellung auf LIMUX entstandenen Kosten gegeben" werden.

Statt dass in irgendeiner Weise auf diesen vor über **250 Tagen** gestellten Antrag eingegangen wird, wird nun eine weitere kostenträchtige Maßnahme ergriffen, die weitere Fragen nicht nur bezüglich der Notwendigkeit, der Kosten und auch der Sicherheitsaspekte aufwirft.

Daher frage ich den Herrn Oberbürgermeister:

- 1. Inwieweit wurde im Vorfeld des UMTS-Test bei den Mitgliedern des Stadtrats der LH München der Bedarf für eine derartige Lösung abgefragt?
 - a) Wenn ja, wieviele Stadträte haben diesbezüglich persönlich Bedarf angemeldet?
 - b) Wenn nein, woraus leitet sich die Notwendigkeit für dieses Vorhaben ab?
- 2. Welche Gründe liegen vor, dass der Antrag zur Darstellung der Kosten und Nutzen sowie die Erfassung einer Zufriedenheitsumfrage bis heute nicht umgesetzt ist?

...

- 3. Welche Kosten werden für Evaluierung und anschließende Bereitstellung des UMTS-Zuganges veranschlagt.
- 4. Wie bindet sich der Zugang via UMTS sowohl ins Internet aber vor allem auch dem internen Stadtratsnetz (Intranet) in die immer wieder seitens der zuständigen IT-Fachleute der LH München angeführten Sicherheitsphilosophie ein?
 - a) Insbesondere welche Sicherheitsmaßnahmen werden hier ergriffen, um den für die ortsfest (z.B. per DSL) angeschlossenen Geräte geforderten Sicherheitslevel zu erreichen?

gez.

Johann Altmann ehrenamtlicher Stadtrat





Johann Altmann – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

An den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München Herrn Christian Ude Rathaus Marienplatz 8 80331 München

Johann Altmann

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66 Mobil: +40 (0) 160 / 708 655 Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70 E-Mail: johann.altmann@muenchen.de

München, 22. Februar 2010

ANFRAGE

Schaden für die Olympiabewerbung Münchens durch Auftritt des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer in Vancouver

Nach Presseinformationen hat der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer kurz nach dem offiziellen Pressetermin der LH München zur Bewerbung Münchens um die Olympischen Winterspiel 2018 einen weiteren Pressetermin durchgeführt, der unter anderem dieses Thema zum Inhalt hatte.

Laut den IOC-Statuten ist es jedoch untersagt, in mehr als einem Pressetermin für sein Anliegen zu werben. Laut Presseberichten wurde diese Aktion, auch wenn das ursprünglich geplante Pressegespräch der Bayerischen Staatskanzlei kurzfristig in ein Hintergrundgespräch umgewidmet wurde, dementsprechend auch sowohl seitens des DOSB als auch durch das IOC sehr kritisch aufgenommen.

Daher frage ich den Herrn Oberbürgermeister:

- 1. Wie haben Sie diese Aktion des Bayerischen Ministerpräsidenten wahr genommen?
- 2. Inwieweit war das Vorhaben mit der Landeshauptstadt München abgestimmt?
- 3. Welche Erkenntnisse liegen nach den Ereignissen von Vancouver hinsichtlich der weiteren Chancen Münchens auf eine Bewerbung vor?

gez.

Johann Altmann ehrenamtlicher Stadtrat



Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage 23.02.2010

Unruhe in Berg am Laim: Wie geht es mit den "unbegleiteten" irakischen Flüchtlingen in der Baumkirchner Straße weiter?

Einem kürzlichen Bericht in der "Süddeutschen Zeitung" zufolge sorgt die geplante Unterbringung von 35 "unbegleiteten minderjährigen irakischen Flüchtlingen" in einem Hotel in der Baumkirchner Straße für erhebliche Unruhe unter den Anwohnern. Die bisherige Informationspolitik der Stadt wird als wenig transparent, der zur Unterbringung in Berg am Laim vorgesehene Personenkreis als problematisch empfunden. Schon um einer Entkrampfung der Situation willen ist Aufklärungsbedarf gegeben.

Ich frage den Oberbürgermeister:

- 1. Um wen handelt es sich bei den in der Presse erwähnten 35 "unbegleiteten minderjährigen irakischen Flüchtlingen", die in einem Hotel in der Baumkirchner Straße untergebracht werden sollen? Wurden Asylanträge gestellt? Worin besteht die Verpflichtung der Landeshauptstadt München, die 35 irakischen Minderjährigen aufzunehmen? Wurden der Stadt München möglicherweise bereits weitere irakische Flüchtlinge zur Unterbringung avisiert?
- 2. Wie kam es zur Fokussierung der Unterbringungspläne auf das Hotel "Eisenreich" in der Baumkirchner Straße? Wurden von der Stadt alternative Unterbringungsmöglichkeiten ins Auge gefaßt? Wenn ja: welche und warum wurden sie ggf. verworfen? Warum wurde das Unterbringungsprojekt z.B. nicht öffentlich ausgeschrieben?
- 3. Wie positioniert sich die Stadt und insbesondere das Amt für Wohnen und Migration [sic] zum Einwand, mögliche Traumata und der fremde kulturelle Hintergrund der zur Unterbringung heranstehenden irakischen Minderjährigen stünden dem Anliegen entgegen, die Baumkirchner Straße auch künftig als Raum mit einem intakten Ortskernleben für die einheimische Wohnbevölkerung zu erhalten? Inwieweit stellt die

b.w.

Stadt ihre "soziale Verantwortung" (so die Fachberichsleiterin "Integration nach Zuwanderung" im Amt für Wohnen und Migration, Gundula Brunner, It. Berichterstattung SZ) gegenüber ausländischen Flüchtlingen möglicherweise über ihre Verpflichtung für Wohlergehen und Sicherheit der einheimischen ortsansässigen Bevölkerung?

- 4. Wie soll nach Ansicht der Stadt sichergestellt werden, daß "unbegleitete" Jugendliche aus einem fremden Kulturkreis, die möglicherweise traumatisiert sind und mit großer Wahrscheinlichkeit keiner geregelten Arbeit nachgehen werden, kein Sicherheitsrisiko für die Anwohner darstellen? Wie soll die Beaufsichtigung der Jugendlichen in der geplanten Unterbringungsstätte aussehen?
- 5. Ist in der künftigen Unterbringungsstätte psychologische Betreuung vorgesehen? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein: wie soll die psychologische Betreuung möglicherweise traumatisierter Jugendlicher aus den irakischen Krisengebieten dann gewährleistet werden?
- 6. Welche Sanktionsmöglichkeiten sind vorgesehen, wenn sich die in Aussicht genommene Unterbringungsstätte zu einem Unruheherd entwickeln sollte, von dem Lärm, Ruhestörungen und Belästigungen für die Anwohner ausgehen?
- 7. Welche Mitsprachemöglichkeiten für die betroffene einheimische Bevölkerung im Bereich des BA 14 (Berg am Laim) sind vorgesehen?

Karl Richter Stadtrat

12x DSR



Herrn Oberbürgermeister Christian Ude Rathaus Marienplatz 8 80331 München

Anfrage 23.02.2010

Razzia gegen die Moslem-Szene – auch in München?

Kürzlichen Presseberichten zufolge wurden im Zuge einer bundesweiten Razzia gegen die Moslem-Szene am 03.02. in sechs Bundesländern 43 Wohnungen durchsucht und mehrere Personen festgenommen, denen zur Last gelegt wird, eine kriminelle Moslem-Vereinigung gebildet zu haben. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart wirft insgesamt 39 Männern, bei denen Durchsuchungen stattfanden, vor, deutschlandweit über 100 Personen "ideologisiert und radikalisiert" zu haben.

Dazu frage ich den Oberbürgermeister:

- 1. Fanden im Zuge der Razzia Anfang Februar auch in München Durchsuchungen in der örtlichen Moslem-Szene statt?
- 2. Kam es zu Festnahmen in München?
- 3. Welche Informationen liegen der Stadt darüber vor, in welchem Maße die Münchner Moslem-Szene "ideologisiert und radikalisiert" bzw. dafür anfällig ist?
- 4. Welche Zahlen liegen der Stadt bzw. der Münchner Polizei darüber vor, wie groß der Personenkreis ist, der im Bereich der bayerischen Landeshauptstadt dem "islamistischen" bzw. radikal-islamischen Spektrum zuzurechnen ist?

Karl Richter Stadtrat

Ka Dha



Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag 23.02.2010

München zeigt Spielhallen die rote Karte!

Ich beantrage:

Die Stadt München erklärt den Kampf gegen das ausufernde Spielhallen-Unwesen endlich zur Chefsache und

- 1. klärt im Zusammenwirkungen von Kreisverwaltungsreferat, Planungsreferat und Polizei, welche Änderungen der geltenden bau- und gewerberechtlichen Vorschriften die Stadt München ggf. im Alleingang beschließen und umsetzen kann, um die Erteilung weiterer Spielhallen-Konzessionen in München verhindern und existierende Spielhallen sukzessive wieder aus München verdrängen zu können. Dem Stadtrat wird über gangbare Wege, um dem Spielhallen-Unwesen in München auf dem Verwaltungswege Herr zu werden, berichtet;
- 2. ergreift die erforderlichen Schritte ggf. im Zusammenwirken mit dem Freistaat –, damit so bald als möglich auch in München Vergnügungssteuer auf Spielautomaten erhoben wird;
- 3. erklärt Spielotheken zum unerwünschten Gewerbe und verstärkt in ihrem Einflußbereich die Aufklärung über die materiellen und psychischen Gefahren des Glücksspiels, z.B. durch ein besonderes Informationsangebot an Schulen, Arbeitsämtern, in den städtischen Verkehrsmitteln etc.

Begründung:

In München schießen Spielhallen seit Jahren wie Pilze aus dem Boden. Gab es vor zehn Jahren erst 64 Spielhallen in München, so vergab das Kreisverwaltungsreferat b.w.

(KVR) seither 180 Konzessionen für Spielhallen an 93 Standorten im Stadtgebiet. Insgesamt werden derzeit nach Angaben des KVR 1868 Spielautomaten mit Geldeinsatz im gesamten Stadtgebiet betrieben. "Spielotheken" konzentrieren sich zudem längst nicht mehr nur im Bahnhofsviertel, sondern auch in Kern- und Mischgebieten mit einer überwiegend gewerblich geprägten Nutzung. Auch Wohnviertel wie entlang der Ausfallstraßen Frankfurter Ring, Berg-am-Laim-Straße und Landsberger Straße sind betroffen.

Spielhallen stellen nicht nur für die Anwohner eine Belästigung dar, sondern leisten auch der Glücksspielsucht Vorschub. Immobilien in der Umgebung oder mit einliegenden Spielotheken sind zudem in der Regel von einem Wertverlust betroffen. Hinzu kommt, daß die Spielhallen selbst häufig Brennpunkte krimineller Aktivitäten sind, was bei der extremen Auslegung der geltenden "Spielverordnung" durch die Betreiber von Spielhallen beginnt und bei klaren kriminellen Delikten wie verbotenem Glücksspiel und Unterschlagung von Abgaben endet. "Die Branche versucht zu mogeln, wo sie nur kann", zitierte eine Münchner Tageszeitung jüngst Andreas Czerny, den Geschäftsführer der "Landesstelle Glücksspielsucht in Bayern". Und einem Bericht des Lokalsenders "münchen.tv" zufolge kam es erst dieser Tage im Bereich der Landsberger Straße neuerlich zu mehreren Festnahmen im Spielotheken-Milieu.

Daß verantwortungsvolle Politiker, denen das Wohl der Bürgerinnen und Bürger am Herzen liegt, im Kampf gegen das Spielhallen-Unwesen gleichwohl nicht machtlos sind, läßt sich zum Beispiel in Rußland studieren – dort sind Spielhallen schon seit geraumer Zeit generell verboten. Zu überprüfen wäre, inwieweit eine der Ursachen des hiesigen Spielhallen-Booms der letzten Jahre möglicherweise hier zu suchen ist; der vom Münchner Polizeipräsidium herausgegebene "Sicherheitsreport 2008" weist für die Deliktsparte "Glückspiel §§ 284, 285, 287 StGB" immerhin einen Anteil an nichtdeutschen Tatverdächtigen von stattlichen 65,6 % aus. (Quelle: Sicherheitsreport 2008, Hrsg. Polizeipräsidium München, Tabellenteil S. 23).

Das Eingeständnis, die Stadtverwaltung könne Spielhallen nicht verhindern, ist völlig inakzeptabel. Deshalb wird im vorliegenden Antrag vorgeschlagen, daß die Stadt in einem ersten Arbeitsschritt überprüft, welche der geltenden Vorschriften für das Betreiben von Spielotheken sie ggf. in eigener Regie ändern kann, um Spielhallenbetreibern das Leben in München schwerer zu machen. Gegebenenfalls ist dazu auch – wo es sich um Landes- oder Bundesgesetze handelt – die Initiative beim Freistaat oder im Rahmen des Deutschen Städtetages auch auf Bundesebene zu ergreifen.

Auch die künftige Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Spielautomaten kann ein praktikabler Ansatz sein, um München als Spielhallen-Standort weniger attraktiv zu machen. Nach Expertenschätzungen setzte die Spielhallen-Branche allein 2009 bundesweit 8,35 Milliarden Euro um und verzeichnet schon seit Jahren zweistellige Steigerungsraten. Daß alle in München betriebenen Spielotheken zusammen derzeit weniger als eine Million Euro an Gewerbesteuer an die Stadt abführen, ist vor dem Hintergrund solcher Zahlen geradezu ein Hohn.

Unbeschadet der Vorgehensweise im einzelnen sollte sich eine verantwortungsvolle Stadtpolitik auch beim Spielhallen-Thema von der Maxime leiten lassen: wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Die Verpflichtung für das Wohlergehen der Münchnerinnen und Münchner, ihr Schutz vor Kriminalität und den Gefährdungen der Glücksspielsucht

sollte der Stadtregierung jede Mühe wert sein, um das Spielhallen-Unwesen wenigstens in München wirksam einzudämmen. Dimidium factum qui coepit habet.

Karl Richter Stadtrat

120 DIR